



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 244), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

85. Jahrgang.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 15. Januar 1920

No. 263

147 Opfer des Aufstandes in Berlin

Premier Bauer verteidigt das Verhalten der Polizei, die erst im allererweiterten Fall von der Waffe Gebrauch machte.

Unruhen in Berlin haben sich noch nicht gelegt.

Berlin, 14. Jan.—Premier Bauer gab bei Wiedereröffnung des Reichstags gestern die Erklärung ab, dass die Polizei erst dann auf die anstürmende Menschenmenge feuerte, als es unmöglich war, sie aufzuhalten. „Die Polizei hat richtig gehandelt, insofern muß ihr der Vorwurf gemacht werden, daß sie mit dem Abgeben der ersten Salve zu lange wartete; es war beinahe zu spät“, sagte Bauer.

Der Reichstag brachte geraume Zeit mit der Besprechung des Aufstands zu. Es wurde im allgemeinen angegeben, daß die Polizei anfänglich mit der größten Mäßigkeit verfuhr. Des Premiers lobende Worte über das Verhalten der Polizei wurden lobhaft applaudiert.

Die Zeitung „Am Mittag“ sagt: „Zahlreiche Zeugen haben, wie unabhängige Sozialisten die Waffen aufzurufen, das Reichstagsgebäude zu füllen.“

Die Debatte über die Betriebsräte-Vorlage, welche letztere die Demoralisation und den Unfrieden verursacht, wurde gestern fortgesetzt.

Weitere Aufsehensdinge. London, 15. Jan.—Hier heute früh eingetroffenen Depeschen melden, daß die Unruhen in Berlin gestern andauerten. Die Militärbehörden haben weitere Streikkräfte zum Schutz der Stadt beordert. Augenzeugen behaupten, daß bei dem Aufbruch am Dienstag mehr Personen getötet und verwundet wurden, wie behauptet worden ist. Der Aufstand hatte nicht den Charakter einer Revolution, insofern wird befürchtet, daß weitere Verwicklungen durch denselben entstehen können.

Der Aufbruch am Dienstag brach plötzlich aus, denn noch kurz vor demselben verhielt sich die Menschenmenge ruhig. Die meisten Fabriken wurden gegen Mittag geschlossen, und in langen Reihen begaben sich die Arbeiter nach dem Reichstagsgebäude, um gegen die Verögerung der Betriebsräte-Vorlage zu demonstrieren. Drei Stunden verhielten sich die Arbeiter ruhig. Eine Depesche von dem Korrespondenten der United Press besagt, daß wenigstens 70 getötet und über 100 verwundet wurden.

42 Gefallen und 105 Verwundete. London, 15. Jan.—Augenzeugen des blutigen Strahlens vor dem Reichstagsgebäude behaupten, daß 42 Personen getötet und 105 verwundet wurden; Maschinenengewehrfeuer forderte viele Opfer; und die Polizei bediente sich bei der Abwehr des Angriffs Handgranaten, deren Explosion eine Panik verursachte. Viele Personen, darunter Frauen, wurden zu Boden getrieben und trugen ernstliche Verletzungen davon. Die Truppen haben sich gezwungen, von dem Schußwaffen Gebrauch zu machen, als die Menge zum Sturm gegen den westlichen Eingang zum Reichstagsgebäude ansetzte. Die Wachen wurden überfallen und ihnen die Gewehre genommen. Als Verhaftung nahe wurde der Kampf allgemein. Als der Vorstoß einen Angriff gegen den südlichen Teil des Gebäudes nahe, wurde auf ihn eine Salve abgegeben. Sechs leicht verwundete Zivilisten wurden ins Reichstagsgebäude getragen; ein Dutzend andere wurden verhaftet und auf der Wache am Brandenburger Tor untergebracht. Zahlreiche Verwundete fanden Aufnahme in dem nahe gelegenen Hospital.

Insipidenz herrschte unter den Reichstagsmitgliedern der größte Märrer; Präsident Behrensdorf verließ den Saal, denn er vermochte nicht, die Ordnung wieder herzustellen. Reichstagsmitglieder ergingen sich in gegenseitigen Beschuldigungen, und die Kabinettsmitglieder verließen den Saal.

Nach Verteilung der Menge dehnte die Wache ihre Linie bis unter den Linden aus, wo sich ein gewaltiger Menschenhaufen sammelte. Ein des Weges kommender Offizier wurde schwer mißhandelt.

Nach kurzer Pause trat der Reichstag wieder in Sitzung. Präsident Behrensdorf setzte die Mitglieder in Kenntnis, daß die Zahl der Opfer groß sei; es sei nur natürlich, daß die Verhandlungen nicht mit Ruhe und Ueberlegung fortgesetzt werden könnten und erklärte die Verhandlungen bis Mittwoch vorläufig zu vertagen. Die Mitglieder hatten sich bei der Ansprache des Präsidenten von ihren Sitzen erhoben.

Paris, 15. Jan.—Depeschen von Vorn melden, daß bei dem Aufstand in Berlin zwei Polizisten getötet wurden und zwei weitere vermißt werden. Zehn andere wurden vermißt.

Untersuchung der Mexiko-Angelegenheit. San Antonio, 14. Jan.—Der Senatskomitee des Senators Gall wurde mitgeteilt, daß die Ermordung amerikanischer Bürger zum Tode verurteilten Banditen fortgesetzt wurden, wenn sie in die Armees Carranzas eintreten wollten. Dies war z. B. der Fall, als mexikanische Aufhänger die Chamula Kolonie überfielen und 5 Kolonisten töteten. Die Strolche wurden gefangen und zum Tode verurteilt.

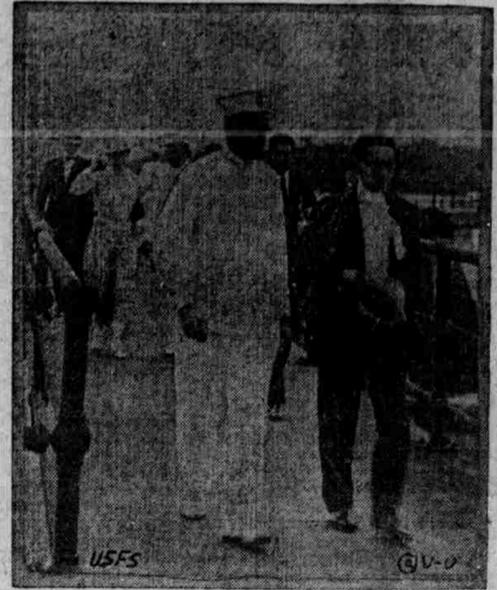
Später sah man sie in der Armees. Ein anderes Verfahren gegen mexikanische Räuber wurde den bürgerlichen Gerichten entzogen und den Militärgerichten übertragen, welche einige mexikanische Zeugen der Amerikaner erschließen ließen.

Clemenceau fährt Apponyi scharf an. Paris, 15. Jan.—Premier Clemenceau hat heute scharfe Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß die Ratifikation des Friedens mit Ungarn verschiebt wird. Der Führer der ungarischen Delegation, Graf Apponyi, fragte Clemenceau, ob auch die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag unterzeichnen würden. Clemenceau wies in scharfer Weise zurück und warnte ihn, die Angelegenheit nicht abhändeln zu verschleppen. Der amerikanische Botschafter Wallace wird bei Unterzeichnung des Vertrags, die heute nachmittags um 4 Uhr vor sich geht, anwesend sein. Die Ratifikation sollte bereits gestern erfolgen. Apponyi aber wußte bis zu verhindern.

Forderungen der Eisenbahner gewährt. Washington, 15. Jan.—Beamtete der Eisenbahnen der Eisenbahnen und Schiffsfahrer, Güterfuhrer und Stationsbedienten haben eine Uebereinkommen über Arbeitsregeln und Arbeitsbedingungen mit Generaldirektor Hines abgeschlossen. Dieses trat mit dem 1. Januar 1920 in Kraft und hat Gültigkeit für die Dauer der Regierungskontrolle über die Bahnen. Es gewährt eine 50-prozentige Lohnerhöhung für alle Uebertunden, einen achtstündigen Arbeitstag und einen Feiertag wöchentlich.

Selbstmord einer Farmerfrau. York, Neb., 15. Jan.—Frent John Schierling, welche drei Meilen nördlich von Henderson wohnt, beging Selbstmord, indem sie sich durch die rechte Schläfe schoß. Die Familie war in der Kirche und fand bei der Rückkehr die Frau tot vor. Sie war 54 Jahre alt und hinterläßt ihren Mann mit 6 Kindern. Sie hat längere Zeit an nervösen Störungen gelitten und man glaubt, daß sie in einem Anfall von Geisteskrankheit die Tat vollbracht hat.

Liebesgaben für Deutschland. London, 15. Jan.—Der Finanzminister hat eine Verordnung für die freie Einfuhr von Liebesgaben-Paketen aus den Ver. Staaten veröffentlicht. Es wird darin vorgeschrieben, daß die Pakete an bestimmte Adressen und mit dem Vermerk „Liebesgaben“ versehen, eingeschickt werden müssen.



Gouverneur Harding von Panama und Kriegssekretär Baker auf einer Inspektions-Tour über die Kanalzone. Unser Bild zeigt die Beamten mit ihrer Gesellschaft bei dem Abfluskanal von Gatun.

All-Russen in Asien sind „geliefert“

London, 15. Jan.—In einem Zusammenhange zwischen amerikanischen Truppen und einem Panzerzug des General Semenov, Kommandanten der All-russischen Armees zwischen dem Baikalsee und Verneidinsk in der Provinz Transbaikalia, wurden zwei amerikanische Soldaten getötet und drei verwundet, so wird der Daily Mail aus Harbin berichtet. Die Amerikaner sollen den Zug genommen haben. Einzelheiten über diesen Zusammenstoß waren nicht in Erfahrung zu bringen. Zwischen den russisch-sowjetischen Truppen und Semenov sollen ebenfalls Zusammenstöße stattgefunden haben. Eine drakonische Depesche von Moskau berichtet, daß die Kossaken in der Gegend von Turun und die Burjaten und Kirgisen in der Transbaikalia ebenfalls gegen das Roten Semenovs revolutionieren.

Hoover's Stellung zur Präsidentenwahl

New York, 14. Jan.—Ueber Herbert Hoover als Präsidentschaftskandidat sagt sein Freund Julius Barnes, Direktor der M. S. Grain Corporation, daß Hoover sich nicht als Kandidat ansehe und auch nicht seinen Freunden erlaube werde, für ihn einzutreten, wenn nicht das Verlangen der öffentlichen Meinung so stark würde, daß sein Widerwille gegen Politik dadurch überwinden würde. Sollten die Republikaner zu denen Herr Barnes gehört, in allzu siegesgewisser Blindheit einen Kandidaten als Kandidaten aufstellen, wäre die Möglichkeit einer Kandidatur Hoovers nicht ausgeschlossen, da dann das faktische Element aller Parteien einen Mann von Hoovers politischen Idealen verlangen würde.

Vorbereitungen zum Plebiszit in Schleswig

Kopenhagen, 15. Jan.—Die in Schleswig wohnenden Dänen haben die Kampagne für das bevorstehende Plebiszit eröffnet und ein Manifest an ihre Landsleute erlassen, das mit den Worten schließt: „Wir wollen heim nach Dänemark.“ In der ersten Zone wird das Plebiszit anfangs Februar abgehalten werden und in der zweiten Zone Ende des nächsten Monats.

Prohibitions-Schraube stärker angezogen

Washington, 15. Jan.—In der weitestgehenden Auslegung, die das Prohibitions-Ausführungs-gesetz bis jetzt noch erfahren hat, rechnet Prohibitions-Kommissionär Kramer Feuchtsäfte und Apfelwein unter die bestrafenden Getränke, falls sie mehr als einen halben Prozent Alkohol enthalten. Diese „grauen“ Maßregel tritt gleichzeitig mit der Einführung der konstitutionellen Prohibition am 16. Januar in Kraft. Uebertretungen trifft dieselbe Strafe wie für die Herstellung und den Verkauf starker Getränke vorgesehen. Danach sind auch alle Händler haftbar, wenn in ihren Waren der Alkoholgehalt mit längerer Lagerung steigt.

Kramer fordert 2,500 Wächter für Whiskey

Washington, 15. Jan.—Das Vinesteueramt plant die Anstellung von 2,500 Wächtern zum Schutz der in den Regierungsverwaltung aufbewahrten 69,000,000 Gallonen Whiskey. Kommissionär Kramer hat bei dem Bevollmächtigten des Repräsentantenhauses ein Gesuch um Bewilligung von \$2,000,000 eingereicht, um das edle Maß vor den Schnapsmardern zu schützen.

Alter deutscher Anführer gestorben

Fremont, Neb., 15. Jan.—Ein alter deutscher Anführer, George Schlemmer, ist in seinem hiesigen Heim verschieden. Schlemmer war im Jahre 1841 in Deutschland geboren. Im Jahre 1871 besaß er ein Grundstück in Chicago, wo ihm das große Feuer alles raubte. Späterhin bewirtschaftete er eine Farm in Iowa und kam 1875 nach Dodge County, Neb., wo er sich auf einer Farm in der Nähe von Rogers niederließ. Ihn überlebten seine Frau und neun erwachsene Kinder.

Im Schweinefall tot aufgefunden

La Porte, Ia., 15. Jan.—Grant Salmon, ein 55-jähriger Farmer, wurde tot und von den Schweinen angegriffen in seinem Schweinefall auf seiner 5 Meilen außerhalb der Stadt gelegenen Farm aufgefunden. Man vermehrte ihn, als er nicht zum Mittagsessen im Hause erschien.

Vatikan übernimmt Bonds

Rom, 15. Jan.—Der Vatikan hat 20,000,000 Lira von der letzten nationalen Anleihe übernommen, so meldet der Messaggero. Dies ist das erste Mal, seit die Zeitung, daß der Vatikan sich an einer solchen Anleihe beteiligt.

New York Herald verkauft

New York, 15. Jan.—Der New York Herald macht bekannt, daß die Zeitung von Frank A. Munsey angekauft worden ist.

Aufruf zur größten Finanz-Konferenz

Geldleute aller Völker wollen über Ausweg aus dem Kriegschao beraten.

New York, 15. Jan.—Ein Aufruf zu der größten internationalen Konferenz von Handels- und Finanz-Interessen, welche die Welt je gesehen hat, wurde von einer Versammlung der bekanntesten amerikanischen Geldleute erlassen. Diese Konferenz soll einen Ausweg aus dem finanziellen und kommerziellen Chaos finden, in welchem der Krieg die Welt zurückgelassen hat.

Gleichzeitig wurden ähnliche Aufrufe von finanziellen Kreisen in Großbritannien, Frankreich, Holland, der Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen erlassen. In den europäischen Ländern ist der Aufruf an die betreffenden Regierungen, in den Ver. Staaten an die Handelskammer, die amerikanische Regierung und die Entschädigungskommission in Paris gerichtet.

Während Deutschland und Oesterreich nicht in den ersten Aufruf eingeschlossen sind, werden sie eingeladen, der Konferenz beizutreten.

Das Dokument wendet sich an die Völker, zu dem vernünftigen Standpunkt der Zeit vor dem Krieg zurückzuführen; es appelliert an die Entscheidungskommission, eine weite Währung als die beste Geschäftsmethode gelten zu lassen; es ermahnt die Regierungen, die unermessliche Bürde durch Erhöhung ihrer Einkünfte, anstatt durch Anleihen zu heben; es bittet die Völker zu arbeiten und zu sparen und stellt den finanziellen und kommerziellen Kreisen vor, daß die Lage nur durch vereintes ledenschaftliches Studium der Sachlage und geschäftsmäßige Verhandlung derselben verbessert werden kann, wobei mehr von einem unabhängigen Vorgehen, als von einer Anrufung der Regierungen zu hoffen sei. Die Regierungen können nur den Weg ebnen, auf dem die Geschäftswelt vorgehen muß.

Unter den hervorstechendsten Unterzeichnern des Aufrufs finden sich J. P. Morgan, Herbert Hoover, F. A. Vanderlip, Samuel Roca, Philadelphia; George W. Reynolds, Chicago; Arthur L. Gables, Präsident der Yale Universität; William H. Taft, Henry Suzzalo, Präsident der Universität von Washington; Daniel Willard, Baltimore; Festus J. Wade von St. Louis; Myron L. Herrick, Cleveland; Julius S. Barnes, Präsident der Getreide-Korporation, und Cleveland S. Dodge, A. Barton Hegburn, Darwin B. Kingsley, James A. Sillman und William Fellows Morgan, alle von New York.

Diplomatische Vertreter ernannt

Berlin, 15. Jan.—Der Senator Hamburgs, Dr. Stehmer, ist zum vorläufigen deutschen Vertreter in London, und Baron v. Lucius zum Vertreter in Rom ernannt worden. Graf Luigi Aldobrandi wird Italien in Deutschland vertreten.

Warnt gegen große Darlehen an Europa

Washington, 15. Jan.—Eugene Meyer von der Kriegsfinauskommission warnt die amerikanische Geschäftswelt gegen die „sentimentalen Gesuche“ europäischer Firmen um unbegrenzten Kredit in den Ver. Staaten. Seine Ausführungen richteten sich namentlich gegen den britischen „Finanz-Sachverständigen“, Sir George Paish, der die Gewährung großer Darlehen an Europa schon deswegen für nötig hält, weil sonst Amerika seinen europäischen Markt verlieren werde. Meyer sprach vor der „American Manufacturing Association“.

Bekannter Automobilfabrikant gestorben

New York, 15. Jan.—John P. Dodge, der bekannte Automobilfabrikant von Detroit, der seit mehr als einer Woche in seinem Zimmer im Hig-Carlton Hotel an Lungenerkrankung litt, ist am Mittwochabend gestorben. Sein Zustand war seit mehreren Tagen kritisch und mehrere Stunden vor seinem Tode verlor er das Bewußtsein.

Wenn jene, die wieder einmal billige Lebensmittel in Aussicht stellen, sich noch nicht auf ein Datum geeinigt haben sollten, würden wir den 1. April vorschlagen.

Zur Prozessierung der Kriegsschuldigen

Alliierte werden mit ihrer Forderung, deutsche Angeklagte auszuliefern, warten, bis es ruhiger in Deutschland wird.

Prozessierung vor Ober-Reichsgericht möglich.

London, 15. Jan.—Infolge der gegenwärtig in Deutschland herrschenden Wirrnisse gedenken die Alliierten vorläufig die Liste der auszuliefernden Deutschen nicht zu veröffentlichen. Würde man zur jetzigen Zeit auf die Auslieferung der „Kriegsschuldigen“ bestehen, dann könnte es leicht zu weiteren Unfällen kommen und den Bestand der gegenwärtigen deutschen Regierung gefährden. Und dieses wollen die Alliierten nach Kräften verhindern.

Premier Lloyd George und Clemenceau, so wird gesagt, aber werden ihrer Plan zur Auslieferung Deutscher nicht fallen lassen, werden aber mit der Ausführung ihrer Forderung warten, bis es in Deutschland ruhiger geworden ist.

Regierungsführer erklären, daß auf der Forderung, die Kriegsschuldigen auszuliefern, bestanden werden wird, wenn auch nicht sofort. Die Lage in Deutschland muß sich zuerst klären.

Indessen scheinen sich die Alliierten mit dem von Deutschland gemachten Vorschlag zu beschäftigen, die Angeklagten nicht vor einem alliierten Gericht, sondern vor dem deutschen Obergericht zu prozessieren. Befürworter dieses Planes haben hervor, daß ein solches Vorgehen einen Regierungswechsel verhindern würde, und die Alliierten dennoch ihren Zweck, die Schuld der angeklagten Deutschen darzutun, erreichen würden.

Ein britischer Staatsmann sagte heute: „Wir sind fest entschlossen, die Schuldigen Deutschen zu bestrafen. Deren Auslieferung bildet ebenso gut einen Teil des Friedensvertrages, wie irgend eine andere Klausel desselben. Die Deutschen sind sich der Folgen, die ihre Untertänigkeit zuzieht, bewußt. Indessen wollen wir im Interesse der Alliierten die Auslieferung dieser Klausel der gegenwärtigen deutschen Regierung so leicht wie möglich machen; und wir wollen nichts unversucht lassen, Mittel und Wege in dieser Hinsicht zu finden.“

Sterling-Vorlage vom Haus verworfen

Washington, 15. Jan.—Das Subkomitee des Repräsentantenhauses verwarf die in der letzten Woche im Senat angenommene Anti-Seditionsvorlage und setzte die Graham-Vorlage, welche die Bestimmungen des Generalanwalts Palmer enthält und die schon früher vom Subkomitee empfohlen wurde, an deren Stelle. Man wird jetzt verhandeln, die Graham-Vorlage durch das Haus annehmen zu lassen. Später werden Vertreter des Senats und des Hauses in Konferenz zusammensetzen und sich über eine Vermittlungsvorlage einig, die dann beiden Säulen zur Schlussberatung zugeht.

Kampf gegen die Deutschenhege

Sänger Chicagos fordern die Regierung an, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

Chicago, 15. Jan.—Einen wichtigen Protest gegen die Umtriebe der Deutschenheger, ihre offenen und versteckten Angriffe auf alles, was Deutsch ist, hat die Sängervereinigung Chicagos erhoben. Auf der abgehaltenen Jahres-Versammlung wurde geltend gemacht, daß sich die Deutschenheger mit Erfolg erniedrigt haben, die Festen größerer Hallen, Theater usw. zu veranstalten, die Benutzung ihrer Räumlichkeiten für feste Konzerte und Zusammenkünfte, selbst solcher im Dienste der Wohltätigkeit, zu verweigern.

In einer Kundgebung an die amerikanischen Mitbürger heißt es: „Als Amerikaner verlangen wir von unserer Regierung, daß sie mittels ihres Geheimdienstes die Wähler aufgreift und sie wegen Landesverrats prozessiert. Gleichfalls werden wir uns vertrauensvoll an alle patriotischen Verbindungen, unter anderen an die von den zurückgekehrten Soldaten gegründete American Legion, mit der Bitte, sich und ihren Namen, durch strenge Verbote, gegen die Ausfälle einzelner ihrer Mitglieder zu schützen, und zugleich gründlich zu unterhalten, ob die Betreffenden nicht etwa unter falscher Flagge segelnde Ausländer aufstaut amerikanische Bürger sind.“

„Obgleich wir selbstverständlich die englische Sprache als die offizielle Landessprache betrachten, so bestehen wir jedoch, zugleich mit allen anderen freudiggeborenen Amerikanern auf unserm Recht, uns im Privatleben der Muttersprache zu bedienen und unsere Lieder in der Sprache zu singen, in der wir gelernt haben, Gott und alle Dinge seiner Schöpfung zu lieben.“

„Wir sind alle, ohne Ausnahme, amerikanische Bürger und unserer amerikanischen Stärke wohl bewußt. Sollte daher dieser wohlgemeinte Appell keine Früchte tragen, so werden wir uns veranlaßt fühlen, unsere Massen politisch zu einer geschlossenen Phalanx zu vereinen, um in geschäftiger Ausübung unserer Bürgerpflicht und zum Wohle des Landes am Stimmkasten alle Nennenswerten niederzustimmen, die es nicht vermocht haben, jeden Amerikaner gleichmäßig zu behandeln, und die vergessenen haben, daß es ihre erste und einzige Pflicht ist, den Ver. Staaten zu dienen.“

„Und nun stellen wir uns unter dem Schutz der städtischen, staatlichen und nationalen Regierung.“

Spanien will der Liga beitreten

Paris, 15. Jan.—Die spanische Regierung hat Premier Clemenceau in Kenntnis gesetzt, daß Spanien der Völkerliga beitreten möchte. Dänemark, Schweden und die Schweiz haben Clemenceau in Kenntnis gesetzt, daß sie die Einladung zum Beitritt zur Liga erhalten haben. Bisher aber haben diese Länder ihren Beitritt zu derselben nicht offiziell erklärt.

Serbien soll Mitglied des Bundes werden

Triest, 15. Jan.—Der Pariser Korrespondent der Zeitung La Batare berichtet, daß Jugo-Slavien aufgefordert werden soll, sich dem französisch-britischen Bündnisse anzuschließen.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Unbeständig heute nacht; wahrscheinlich folgt von Regen oder Schnee am Freitag. Kälter am Freitag.

Für Nebraska — Zunehmende Bewölkung heute nacht; wahrscheinlich folgt von leichtem Schneefall oder Regen am Freitag. Kälter am Freitag in nordwestlichen und südwestlichen Teil heute nacht.

Für Iowa — Unbeständig; wahrscheinlich Schneefall im Norden und zentralen Teil des Staates, und Regen oder Schnee im südlichen und südwestlichen Teil heute nacht und Freitag. Kälter Freitag nachmittag im westlichen Teil.